

Feststellung gem. § 5 UVPG¹;

Wasserrechtliche Plangenehmigung für die Verlegung eines verrohrten Gewässers im Zuge der Erweiterung des Höhlenerlebnis zentrums Iberger Tropfsteinhöhle in Bad Grund

Der Landkreis Göttingen - Fachbereich Gebäudemanagement - hat bei der Unteren Wasserbehörde des Landkreises Göttingen die Erteilung einer wasserrechtlichen Genehmigung für die Verlegung eines verrohrten Gewässers im Zuge der Erweiterung des Höhlenerlebnis zentrums Iberger Tropfsteinhöhle in Bad Grund beantragt.

Bei der Verlegung eines verrohrten Gewässers handelt es sich um ein Vorhaben, das unter Nr. 13.18.1 der Anlage 1 UVPG aufgeführt und mit einem "A" versehen ist. Damit ist gemäß § 7 UVPG eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls vorgesehen.

Als für dieses Verfahren zuständige Behörde habe ich auf der Grundlage der vorliegenden Unterlagen die Vorprüfung durchgeführt.

Das nicht ständig wasserführende Gewässer III. Ordnung ist zurzeit bereits auf dem gleichen Abschnitt mit einem Durchmesser DN 400 verrohrt. In der Vergangenheit konnte das vorhandene Profil das anfallende Wasser aus dem Einzugsgebiet nicht vollständig abführen, sodass es zu Überflutungen kam. Um dieses Problem zu beheben, soll die Verrohrung in dem bereits vorhandenen Abschnitt von DN 400 auf DN 800 erweitert und der Einlauf in die Verrohrung hydraulisch verbessert werden. Gleichzeitig soll die Leitungsführung geändert werden, um die alte Leitungstrasse zur Erweiterung des Höhlenerlebnis zentrums nutzen zu können. Die dafür notwendigen Arbeiten werden in einem Bereich durchgeführt, der bereits mit einer Parkplatzfläche überbaut ist, sodass es keine nachteiligen Eingriffe in Natur und Boden geben wird.

Bei dem betreffenden Boden handelt es sich um anthropogen stark veränderten Boden von geringer Wertigkeit, sodass mögliche Beeinträchtigungen nicht erheblich sind. Weiterhin kann es zu baubedingten Bodenverschmutzungen und Beeinträchtigungen kommen. Diese Gefahr wird durch gesonderte Arbeitsanweisungen gemindert und das Baufeld im gereinigten Zustand hinterlassen, sodass nicht von erheblichen Belastungen für den Boden ausgegangen werden muss.

Die Bauarbeiten werden im Wasserschutzgebiet Magdeburger Stollen in der Schutzzone II durchgeführt. Aus diesem Grund werden besondere Auflagen und Kontrollen im

¹ Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) vom 24.02.2010 (BGBl. I S. 94) in der zurzeit gültigen Fassung

Zulassungsbescheid festgelegt, die baustellenbedingte Gefährdungen des Grund- und Oberflächenwassers stark verringern beziehungsweise ausschließen. Nach Fertigstellung der Verrohrung wird eine optimierte Abführung von Hochwasserabflüssen möglich sein und so die bestehende Situation maßgeblich verbessert. Eine erhebliche Beeinträchtigung des Schutzgutes Wasser ist somit ausgeschlossen.

Nach Prüfung kann festgestellt werden, dass von dem Vorhaben unter Beachtung der in der Anlage 3 des UVPG genannten Prüfkriterien keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind, so dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich ist.

Gemäß § 5 UVPG wird dieses Ergebnis hiermit bekannt gemacht.
Diese Feststellung ist nicht selbständig anfechtbar.

Im Auftrage

gez.
Schnell